

RASSISMUS TÖTET!
DURCH POGROM, ASYLGESETZ, ABSPERUNG
GEISTIGER BRANDSTIFTUNG

JULI

Beginn der Filmreihen
zu den Pogromen von
Rostock-Lichtenhagen in Leipzig,
Göttingen, Erfurt, Mölln, Berlin.

AUGUST

14.08.2012 Podiumsdiskussion,
Festsaal Kreuzberg.

25.08.2012 Antirassistische-Kundgebung, 11⁰⁰
Universitätsplatz/ Neuer Markt, Rostock.

25.08.2012 Bundesweite Demo
im Gedenken an die Pogrome von
Lichtenhagen 14⁰⁰ Rostock-Lütten-Klein.

SEPTEMBER

17.09.2012 Video-
kundgebungen im Bun-
desgebiet zu den Pogromen von Hoyerswerda
(Filme/ Material über unsere Website)

22.09.2012 Kundgebung in Hoyerswerda.

OKTOBER

27.10.2012 Bundesweite Demo gegen rassistische
Zustände & im Gedenken an Kamal K. „Never forgive,
never forget - remembering means fighting, 16⁰⁰ Südplatz, Leipzig.

NOVEMBER

11.11.2012 Aktionstag für die Opfer
rassistischer und rechter Gewalt

17.-23.11.2012 Antirassistische Aktionswoche in Mölln.

17.11.2012 Überregionale Gedenkdemo zum rassistischen
Mordanschlag an der Familie Arslan. (Infos: www.ahl-antifa.org)

mehr Termine, Berichte, Hintergründe, Debatten und Material
www.rassismus-toetet.de

**RASSISMUS
TÖTET!**

DURCH POGROM, ASYLGESETZ, GEISTIGE BRANDSTIFTUNG UND EU-GRENZREGIME:

→ 1992 Pogrom von
Rostock-Lichtenhagen.

→ 1993 Abschaffung des
Grundrechts auf Asyl.

→ Wir Vergessen nicht!

Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen (22. - 26. August 1992)

August 1992: 400 Menschen, vor allem aus
Rumänien, kampieren vor der überfüllten Zen-
tralen Aufnahme- und Asylbewerber (ZaSt)
im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen, geflohen
und auf der Suche nach einem besseren Leben.
Auf Grund mangelnder Unterkünfte oder sa-
nitärer Anlagen mussten die Asylsuchenden
unter freiem Himmel schlafen und dort auch
ihre Notdurft verrichten.

„Wenn wir weitere Unterkünfte zur Verfügung
stellen, kommen noch mehr Asylsuchende. Das
zeigt die Erfahrung.“ entgegnete der damalige
Rostocker Innensenator Peter Magdanz auf die
Bitte für die Flüchtlinge endlich menschen-
würdige Lebensbedingungen zu schaffen.
Flüchtlingen und Migrant_innen die Hilfe zu
verweigern, ja sogar alles in Bewegung zu
setzen, damit diese sich auch ja nicht „vor der
eigenen Haustür“ niederlassen, war zu dieser
Zeit Commonsense – Deutschlandweit, in allen

Schichten, in fast allen politischen Spektren.
Da es eben keine deutschen „Volksgenossen“
waren, die dort Not litten, sondern Roma,
wurde ihnen nicht Hilfe, sondern der „deut-
sche Volkszorn“ zu Teil. Bereits Anfang August
zeichnete sich ab, dass organisierte Neonazis,
in Tateinheit mit anderen Vollstreckern des
„Volkswillens“, Angriffe auf die ZaSt und
deren Insassen planen. Und so kam es letzten

Endes. Nach mehrtägigen Angriffen war es
dem Mob gelungen die Flüchtlinge aus dem
Viertel zu jagen. Anschließend griffen Neo-
nazis, rechte Jugendliche und „anständige
Deutsche“ mit Steinen und Brandsätzen die
nahegelegene Wohnunterkunft vietnamesi-
scher DDR-Vertragsarbeiter_innen an - unter
dem frenetischen Jubel von rund 2500 Bür-
ger_innen. Statt Hilfe zu erhalten, wurden die
115 Vietnames_innen abgeschoben, ebenso die
Flüchtlinge aus Rumänien.

Der Rassismus der Straße kam der CDU/CSU gelegen, hatte sie doch seit den 80er Jahren immer wieder Anstrengungen unternommen das bundesdeutsche Asylgesetz so zu verändern, dass die Möglichkeit in Deutschland Asyl zu erhalten de facto verunmöglicht wird. Die Deutschen seien von der „Asylflut“ überfordert, eine Änderung des Asylgesetzes sei darum dringend notwendig. Andernfalls werde sich Ähnliches wiederholen, so CDU und SPD. Die Pläne zur Gesetzesänderung lagen bereits in der Schublade, eine Kampagne gegen Asylbewerber_innen war im vollen Gange und Lichtenhagen wurde zynischer Weise als letztes Argument für die Abschaffung des alten Asylrechtes herangezogen. Jene Änderung wurde im Juni 1993 letzten Endes vollzogen.

Rassistische Zustände

Rassismus ist ein sehr reales, alltägliches Herrschaftsverhältnis, mit Hilfe dessen eine weiße Mehrheitsgesellschaft eine Minderheit entlang rassifizierter oder ethnisierter Grenzen diskriminiert - kulturell, politisch und wirtschaftlich, sie dadurch an der Teilhabe an gesellschaftlichen Bereichen ausschließt. Billiges Brot beim türkischen Bäcker, billige polnische Putzfrauen - die weißen Deutschen profitieren vom Rassismus. Zum anderen ist der Rassismus in Deutschland der Kitt der Leistungsgesellschaft: Um sich selber dadurch im alltäglichen Rennen, Rackern, Rasen des kapitalistischen Konkurrenzwettkampfs als völkischer Blut- und Boden-Bund überlegen fühlen zu können, braucht der die Rassist_innen einen Nagel für sein Kreuz. Wenn er oder sie als Mehrheitsdeutsche_r schon keine Anerkennung als Arbeitskraftunternehmer_in findet, bringt der Rassismus vielleicht Abfuhr für den alltäglichen Frust. Und das am besten im Rahmen nationalisticr Hegemonialansprüche. Deswegen gehören Nationalismus und Rassismus wie Pech und Schwefel zusammen. Die rassistischen, meist massenhaften, Angriffe auf nichtdeutsche Menschen und die Asylgesetzänderung 1993 können nicht losgelöst voneinander gesehen werden. Beide bedingen sich gegenseitig und sind Teil des rassistischen, deutschen Mehrheitskonsens. Und dieser hat Kontinuität. Ohne Anspruch

vorzugehen, sondern dass dies „die normalen Deutschen“ auch allein bewerkstelligt bekommen. Diesen drei Ereignissen ist jedoch gemein, dass lokale Medien und politische Akteure es tunlichst vermeiden von einem Pogrom zu sprechen. Auch heute noch werden diese Ereignisse als „Ausschreitungen“ oder „Krawalle“ euphemisiert. Gern wird deren Klassifizierung als rassistisch von offizieller Seite gemieden, maximal wird von „Fremdenfeindlichkeit“ gesprochen.

„Ich teile diese Bezeichnung für die Ereignisse von 1991, sie als Pogrom zu bezeichnen, nicht“, entgegnete Hoyerswerdas Bürgermeister Skora der Hoyerswerda-Gedenkinitiative „Pogrom91“ im vergangenen Jahr. Die Demo und ihr Anliegen, sei lediglich das Werk „Auswertiger“ und „Extremisten“. Ehemalige Betroffene des Pogroms und Antifaschist_innen wurden 2011 erneut bedroht und die Zusammenarbeit von offizieller Seite versucht zu unterbinden. „Mit dem Aufwühlen der alten Geschichten“ endlich aufzuhören, dass fordert auch Wolfgang Engelmann, der ehemalige Bürgermeister von Mölln, 15 Jahre nach dem bei einem Brandanschlag drei Mitglieder der Familie Arslan umkamen.

Das „schlechte Image“ loswerden war nicht nur zum 20. Jahrestag der Pogrome von Hoyerswerda oberste Handlungsmaxime der lokalen Politik, sie ist es auch in Rostock. Hier schiebt sich eine Melange aus Stadt und lokalen Initiativen an, um das „schlechte Image“ Lichtenhagens abzustreifen oder zumindest mit etwas mehr demokratischem Lack zu überpinseln. Der Umgang mit der eigenen Geschichte wurde und wird hier als reine Standardfrage verhandelt.

Und so geht auch heute der Lerneffekt gen Null. Noch immer werden die Geschehnisse nicht als das bezeichnet was sie waren - nämlich ein Pogrom - noch immer werden Antifas verfolgt, weil sie das tun, was eigentlich die Demokraten machen müssten: Nämlich Rassismus konsequent zu ächten. Und noch immer verwehrt Deutschland Hilfesuchenden die Einreise.

Erinnern heißt Kämpfen!

Der zwanzigste Jahrestag des Pogroms von Lichtenhagen wird medial fokussiert werden. Welches Gewicht die Folgen der Asylgesetzänderung, die Situation von Flüchtlingen und Migrant_innen oder die oft reaktionäre Aufarbeitungspolitik der Ereignisse in der Berichterstattung bekommt, können wir nicht ermesen.

Mit der Kampagne „Rassismus tötet!“ wollen wir diese Themen auf die politische Agenda setzen. Uns geht es aber auch darum die Frage aufzuwerfen: „Wo steht die Gesellschaft und die radikale Linke 20 Jahre nach Rostock? Was hat sich geändert?“. Nützlichkeitsrassismus und Sozialchauvinismus („Sarrazin-Debatte“) feiern gerade im Zuge der Krise fröhliche Umstände. Die Debatte um die Transformation von Rassismus und dessen Nutzen im kapitalistischen Normalvollzug werden darum wichtiger Bestandteil der Kampagne sein.

„Erinnern heißt Kämpfen!“ ist für uns darum keine bloße Phrase, sondern Handlungsmaxime. Es geht darum bestehende antirassistische Kämpfe u.a. gegen Lagerunterbringung, Flughafenasylverfahren oder Residenzpflicht zu unterstützen und mit dem Kampf um die Erinnerung an die Pogrome und die Gesetzesänderung 1993 zu verbinden. Gleiches gilt für den Widerstand gegen die öffentlichen Inszenierungen von Leistungsideologie und rassistischer Ausgrenzung. Den alten und neuen Tätern gilt unser Kampf, den Opfern der rassistischen Verhältnisse gilt unsere Empathie! Mit einem Land, in dem Menschen in Polizeizellen verbrennen, weil sie nicht weiß sind, in dem Menschen von Rassist_innen totgeschlagen werden und deren Angehörige nur Hohn ernten, in einem Land, dass Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen verrecken lässt und ihnen das Leben hierzulande zur Hölle macht, werden wir keinen Frieden schließen!

Kein Mensch ist illegal!

Gegen den rassistischen Konsens!

Kein Frieden mit Staat, Kapital und Nation!